

rasch. Der Sozialdemokrat erkannte, daß für Besatzung und Passagiere über Zagreb Lebensgefahr bestanden hatte. Lauritzen: „Wenn man das hört, kann niemand sagen, die Entscheidung sei falsch gewesen.“ Auch Lauritzens Vorgesetzter Willy Brandt war mit den Lufthanseaten einverstanden: „Wie hätte es wohl Herr Strauß, der wieder anfängt zu stänkern, gesehen, wenn er mit in der Maschine gegessen hätte?“

Verärgert war die Bonner Regierung über die harte Kritik aus Jerusalem und Washington. Bundesaußenminister Walter Scheel bedeutete dem Israel-Botschafter Ben-Horin, das Bundeskabinett gebe humanitären Gesichtspunkten stets Vorrang. Er erinnerte den Botschafter daran, daß Israel selbst am 23. Juli 1968 sechzehn Palästinenser im Austausch gegen zwölf Insassen einer „El Al“-Maschine freigelassen habe.

Über die amerikanische Einlassung erhob sich Brandt, weil der Bonner



CDU-Politiker Dregger
„Zum Hännischen gemacht“

US-Botschafter Martin Hillenbrand im Auswärtigen Amt gedrängt hatte, den Forderungen der Entführer nachzugeben, um auch das Leben eines amerikanischen Passagiers zu retten. Brandt über das für die jüdische Minderheit inszenierte amerikanische Doppelspiel: „Die machen auch Wahlkampf.“

Inzwischen ahnten die Schwarzmacher von der Opposition, daß die neue Runde ihres Spiels mit der Angst nicht recht lief. Unauffällig zogen sie sich auf die Rüge zurück, die Regierung habe nicht „rechtzeitig ernsthafte Maßnahmen gegen die Luftpiraterie getroffen“ (Strauß) und nachträglich nur lau gegenüber den arabischen Staaten reagiert.

Dabei hatte es das Kabinett an Versuchen nicht fehlen lassen. Nach dem Massaker in Fürstenfeldbruck ließ Innenminister Genscher 77 Grenzschutzpolizisten in drei Lehrgängen als Bodenkontrolleure auf gefährdeten Auslandsflughäfen vorbereiten. 13 sind —

GÜNTER GAUS

Schlapper Staat?

Der Austausch der palästinensischen Terroristen gegen die Geiseln im Lufthansa-Flugzeug ist insgeheim vom erleichterten Aufatmen aller damit befaßten Behörden und auch der Politiker aus Regierung und Opposition begleitet worden. Die Bundesrepublik war so ein Problem losgeworden, das weder von CSU-Merk noch von FDP-Genscher hätte gelöst werden können. So, wie die Zeitläufte sind, kann sich das Problem jederzeit wieder stellen — und wiederum wird dann die Hilflosigkeit der Ämter und Politiker die vorherrschende Reaktion sein.

Also, man hat aufgeatmet. Aber der letzte erleichterte Schnauffer geriet der Opposition auch sogleich zum ersten Schnauben über die schlappe Bundesregierung. Nach zwei, drei Winkelzügen, die den CSU-Staat Bayern aus dem Schußfeld brachten, landete der Vorwurf dort, wo er zweckmäßig zu plazieren war: bei der Regierung von Brandt und Scheel, die den deutschen Flugzeugen nicht genügend Schutz angedeihen läßt und sich auch sonst verdächtig gemacht hat.

Ein zündendes Wahlkampfthema, wie es die Opposition sich wünschte, ist jedoch nicht daraus geworden; gegen die insgeheim allseitige Erleichterung ließ sich schlecht anpolemisieren. Aber immerhin: Wie stark dieser Wahlkampf von Heuchelei durchzogen ist, war neuerlich zu erkennen. Die Wahrheit hinter der Heuchelei ist: Es gibt gegen den internationalen Terrorismus keinen zuverlässigen Schutz. Erfahrungen, die beispielsweise gerade Israel und Amerika machen mußten, belegen das.

Eins und eins sind nicht null, sondern zwei; der Hinweis auf andere Staaten soll nicht verstanden werden als eine Beschwichtigung. Aber vielleicht ist es ja selbst im Wahlkampf möglich, ein folgenreiches internationales Problem als das zu sehen, was es ist: geeignet nämlich, die herkömmliche staatliche Gewalt und Moral radikal in Frage zu stellen.

Staaten im Krieg mag als Trost erscheinen, wenn es denn ein Trost ist, daß sie in ihrer anomalen Lage ausgenommen sind von der Notwendigkeit umzudenken, die allen anderen staatlich verfaßten, zivilisierten Gesellschaften aufgegeben ist. Ohne schwere Bedenken kann keiner bleiben, der den Prozeß des

Umdenkens auf sich nimmt. Zu viel bleibt auf der Strecke, erweist sich als unhaltbar geworden, was einen wesentlichen Teil der staatlichen Ordnung ausmacht: zuallererst die Gleichheit aller Straffälligen vor dem Gesetz, eine Behauptung, die mindestens als theoretischer Anspruch, wenn auch nicht immer in der praktischen Übung, zum modernen Staatsverständnis gehört. Die Macht der Terroristen schafft Privilegien für ihren Anhang, die anderen Tätern nicht vergönnt sind.

Das ist gefährlich und wird nicht ohne Folgen bleiben; ein Stück staatlich sanktionierter Anarchismus — der Gruppenanspruch der Geiseln auf Rettung siegt über staatliche Normen — ist in der Entwicklung enthalten. Aber gefährlicher ist das Aufrechterhalten des Postulats, das Interesse des Staates an seiner ungeschmälernten Gewalthoheit rangierte vor den Notlagen der einzelnen — denn ein solches Festhalten am hergebrachten Staatsverständnis macht den Staat nicht mächtiger, wohl aber fügt es seiner Hilflosigkeit noch die Unglaubwürdigkeit hinzu.

Es wird sich heute immer ein Prinz von Homburg finden, in diesem Fall war es der Direktor Cullmann von der Lufthansa AG, der es mit dem übergesetzlichen Notstand den staatlichen Stellen unmöglich macht, auch nur das Gesicht zu wahren.

Vor der Forderung auf Menschentausch, wie sie die Terroristen erheben, bleibt dem Staat derzeit nur die *absichtsvolle und bewußte Ohnmacht*. Darin liegt keine Einladung an die Terroristen, sie brauchen keine. Wohl aber verringert das ungeschminkte Bewußtsein davon, daß auch der Staat heute ohnmächtig sein kann, die Kluft zwischen staatlichem Anspruch und der tatsächlichen Bereitschaft der Bürger, dem Staat zu geben, was des Staates ist.

Die absichtsvolle Ohnmacht kann nur eine Übergangshaltung sein, und sie wird nicht alle Fälle, die da kommen können, decken. Aber sie entspricht dem Übergang, in dem sich die Industriegesellschaften befinden und der durch kein Wahlergebnis des 19. November, wie immer es lauten mag, beendet werden wird. Dieser Übergang und seine Probleme werden selbst Strauß überdauern.